

INTERVIEW MIT

Katja Hessel

Vorsitzende des Finanzausschusses des
Deutschen Bundestages

Wirecard, Corona-Krise und eine unterentwickelte Aktionärskultur in Deutschland. Der parlamentarische Betrieb hat momentan eine Vielzahl an Projekten zu stemmen. Im Interview gibt die Vorsitzende des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages, Katja Hessel (FDP) einen Ein- und Ausblick zur aktuellen Lage.

Wir befinden uns wirtschaftlich in schwierigen Zeiten. Zusätzlich hat wegen Wirecard das Vertrauen in den Kapitalmarkt gelitten. Was fordert aktuell Ihre größte Aufmerksamkeit?

Der Fall Wirecard beschäftigt uns zwar schon seit Wochen, aber noch befinden wir uns mitten in der Phase der Aufklärung. Nach einem Informationsgespräch zwischen Bundesfinanzministerium und Abgeordneten haben wir uns auch in einer Sondersitzung des Finanzausschusses damit befasst. Sicher ist derzeit nur, dass es mit der reinen Aufklärung durch parlamentarische Sitzungen nicht getan ist. Wir müssen Lehren aus diesem beispiellosen Skandal ziehen. Gesetzliche Eingriffsbefugnisse und Zuständigkeiten sollten überdacht und die Aufsicht reformiert werden. An welchen Schrauben wir als Gesetzgeber aber hier im Einzelnen drehen und nachjustieren müssen,

werden wir mit mehr Klarheit erst nach Abschluss der Aufklärung sagen können. Hier müssen wir zwischen der strafrechtlichen Verantwortung Einzelner und strukturellen Lücken einer Aufsichtsinfrastruktur genau unterscheiden und sollten nicht vorschnell urteilen, aber auch nicht naiv hoffen, dass sich ein solcher Skandal nicht wiederholt. Denn Wirecard hat uns deutlich vor Augen geführt, dass eine Bilanzmanipulation dieser Größenordnung offenbar über Monate und sogar Jahre hinweg möglich ist.

Auch nach der Verabschiedung des Zweiten Corona-Steuerhilfegesetzes kurz vor der Sommerpause, stehen das Ankurbeln der

Konjunktur und ein wirtschaftlicher Neustart nach der Corona-Krise weiterhin auf unserer Agenda. Wir müssen das Überleben von Unternehmen sichern, die vor der Krise gesund und profitabel waren und durch die Umsatzeinbrüche aus der Bahn geworfen wurden. Zugleich ist es aber auch unsere Aufgabe in die Zukunft zu schauen und mittel- und langfristige Hilfsmaßnahmen für einen Neustart der Wirtschaft aufzubauen. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung enthält gute Ansätze, auch wenn wir Freien Demokraten uns in einigen Punkten mehr Effizienz und Weitblick gewünscht hätten. Die zeitlich begrenzte Senkung der Mehrwertsteuer lehnen wir beispielsweise ab. Vorausgesetzt die Unternehmen geben die Mehrwertsteuersenkung an die Endkunden weiter, dann ist die Erhöhung der Kaufkraft durch das Einsparen weniger Cent-Beträge immer noch zweifelhaft. Stattdessen werden die ohnehin schon wirtschaftlich angeschlagenen Unternehmen mit Bürokratie und finanziellem Aufwand überfrachtet, den diese auch in guten Zeiten kaum stemmen können.

Der deutsche Kapitalmarkt hat es schwer, international mithalten. Die geplante Finanztransaktionssteuer würde ihn weiter schwächen. Wie würden Sie den deutschen Kapitalmarkt stärken – auch mit Blick auf die internationale Konkurrenz und den Brexit?

Der deutsche Kapitalmarkt ist besonders durch die fehlende Aktien- und Aktionärskultur in Deutschland herausgefordert. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist ein fatales Signal und schafft als nationaler Alleingang Standortnachteile im globalen Wettbewerb.

Statt wie ursprünglich geplant hochriskante Spekulationen zu besteuern, trifft sie in erster Linie Aktionäre und Kleinanleger. Dabei sind Unternehmensbeteiligungen nichts Schlechtes. Im Gegenteil: Die anhaltende Niedrigzinspolitik macht es gerade erforderlich, dass Verbraucher ihre Altersvorsorge eigenverantwortlich aufbauen. Hier zeigt sich die Aktie über einen langen Zeitraum als erfolgreichste Anlageklasse. Zudem ist der Aktienmarkt für viele Unternehmen eine wichtige Finanzierungsquelle für Innovationen und Investitionen. Die Bürger können so einen essentiellen Teil zum Fortschritt der Privatwirtschaft beitragen. Dabei dürfen wir auch die Start-ups nicht vergessen. Deutschland hat eine Vielzahl an hoch innovativen und kreativen Gründern mit einzigartigen Ideen. In der wichtigen Wachstumsphase fehlt es ihnen aber hierzulande an Finanzierungsmög-

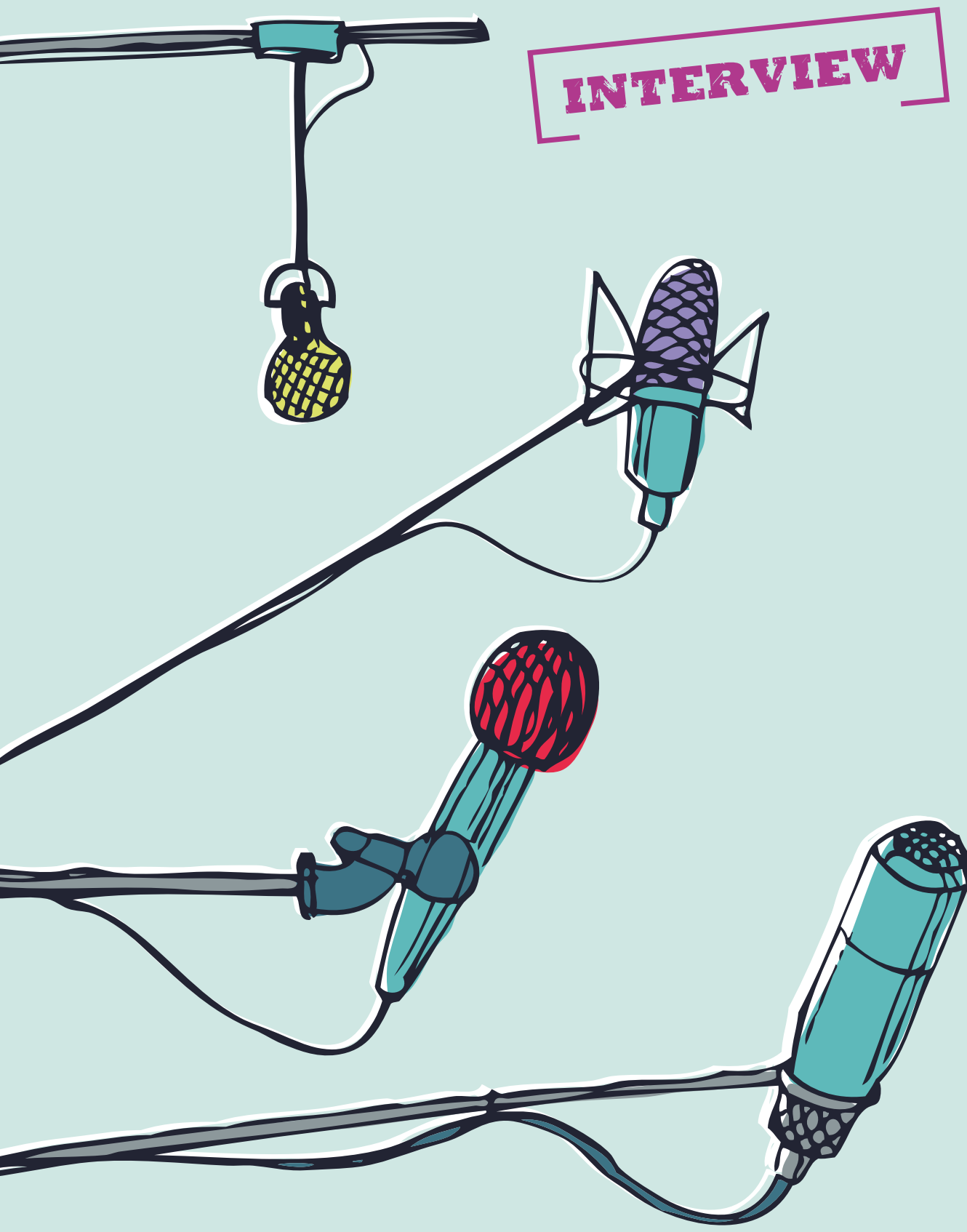
lichkeiten. Umfragen zeigen, dass jedes vierte Start-up über einen Umzug ins Ausland nachdenkt, weil es in Deutschland an Kapital mangelt. Wir Freien Demokraten setzen uns für einen nationalen Zukunftsfonds nach dänischem Vorbild ein, der in Venture Capital investiert. Auf diese Weise können wir Zukunftstechnologien und Kreativität finanzieren und einen fatalen Brain-Drain in der Start-up-Szene verhindern.

Deutschland hat mit der EU-Ratspräsidentschaft das Heft des Handelns in der Hand. Welche Impulse erwarten Sie von der Bundesregierung, um aus der Krise eine Chance für die Unternehmen zu machen?

Deutschland hat die EU-Ratspräsidentschaft in äußerst schwierigen Zeiten übernommen. Neben der Corona-Pandemie stehen noch der Brexit, die Suche nach einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik und

die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Menschenrechtspolitik Chinas im Raum. Diese Themen sind durch Corona in den Hintergrund getreten, aber sind noch da. Die Zukunft des Projekts Europäische Union wird maßgeblich davon abhängen, wie Europa durch diese Krise kommt. Deutschland hat die Chance und die Verantwortung, in seiner Ratspräsidentschaft diese Weichenstellungen entscheidend zu prägen. Wir werden innerhalb der EU im Herbst einen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen und der Arbeitslosigkeit erleben. Deutschland muss eine Art Wirtschaftspräsidentschaft ausüben. Wir brauchen ein Wiederaufbauprogramm, welches Arbeitsplätze schafft und nicht alte Subventionstöpfe bedient. Ich erwarte Impulse für mehr Freihandel, Forschung und Entwicklung und vor allem für die Digitalisierung. Daneben müssen wir dafür sorgen, dass die Transformation hin zur Klimaneutralität gelingt.





Die Wirtschaft braucht ein starkes Europa. Reichen die beschlossenen Corona-Milliardenhilfen oder sehen Sie grundsätzlichen Reformbedarf für die EU?

Das was am Ende des Sondergipfels herausgekommen ist, ist ausgewogen und wird den besonders von Corona betroffenen Staaten helfen. Die Auszahlungen werden an Bedingungen geknüpft und es wurde dafür gesorgt, dass die Mittel nicht in irgendwelchen Sümpfen versickern, sondern dass sie für die notwendige Transformation der Wirtschaft eingesetzt werden. Aber wir brauchen zusätzliche Wirtschaftsimpulse, sei es für die Digitalisierung, die Forschung und Entwicklung oder die Energiepolitik. Es muss unser Ehrgeiz sein, dass Europa nach der Krise stärker und besser dasteht als vor der Krise. Jetzt ist die Gelegenheit, Strukturdefizite zu beseitigen. Dazu gehört auch, dass die Handelskapazitäten ausgebaut werden, dass Verhandlungen über Freihandelsabkommen geführt werden. Die Corona-Krise hat protektionistische Handelstendenzen befeuert. Doch jetzt ist ein freier multilateraler Welthandel wichtig, um die nationalen Wirtschaften anzukurbeln. Wir müssen auch dafür sorgen, dass nach dem Brexit ein umfassendes Handelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich zustande kommt.

Die Bundesregierung will Unternehmen, die Corona-bedingt in Schwierigkeiten kamen, mit Staatsbeteiligungen helfen. Welche Chancen und Herausforderungen sehen Sie für Unternehmen mit Staatsbeteiligungen?

Ich sehe Eingriffe des Staates in Unternehmen sehr kritisch. Der Staat soll faire Rahmenbedingungen setzen, aber Unternehmen nicht lenken. Denn das hat direkte Auswirkungen auf einen fairen Wettbewerb. Der Staat hat außerdem andere – in meinen Augen bessere – Möglichkeiten, Unternehmen in der Krise zu stützen: Steuergutschriften durch verbesserte Verlustrückträge wie bei einer negativen Gewinnsteuer, erweiterte Abschreibungsregeln und niedrigere Steuersätze. Deutschland ist innerhalb der OECD Hochsteuerland, und das beeinträchtigt

die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und bremst die Konjunktur aus. Ich plädiere für eine umfassende Unternehmenssteuerreform. Auch Bürokratieabbau, Deregulierungen und schnellere Genehmigungsverfahren sind geeignete Instrumente, um Unternehmen gerade in der Krise unter die Arme zu greifen.

Die Corona-Notfallgesetzgebung hat dieses Jahr erstmals Online-Hauptversammlungen erlaubt. Wie sieht für Sie der Austausch von Aktionären und Unternehmen in Zukunft aus?

Ich setze klar auf die Möglichkeiten der Digitalisierung. Das gilt auch für Hauptversammlungen. Das Corona-Virus zwingt uns über neue Wege nachzudenken und das ist gut so. Wir sollten das Rad nicht mehr zurückdrehen, sondern die Chancen der Digitalisierung nutzen.

Die Corona-Krise hat uns gezeigt, dass schon heute zahlreiche Prozesse virtuell ablaufen könnten, ohne an Effektivität zu verlieren. Millionen Menschen haben im Home-Office gearbeitet, warum sollten wir jetzt einen Schritt zurückgehen? Die Digitalisierung bietet Unternehmen auch die Möglichkeit, noch transparenter zu werden. Hier kann noch viel weiter gedacht werden und Informationskanäle könnten neben den sozialen Medien oder Newslettern auch virtuelle Versammlungen umfassen, die den gesetzlichen Anforderungen an Beschlussfassungen und Abstimmungen genügen.

Die Erträge von Sparbüchern gehen in der Niedrigzinsphase gen Null. Gleichzeitig ist es wichtiger denn je, zusätzlich auch mit Aktien fürs Alter vorzusorgen. Die Aktienkultur in Deutschland ist jedoch unterentwickelt. Was würden Sie tun, um die Deutschen von der Aktie zu begeistern?

Die Aktienkultur in Deutschland ist in der Tat unterentwickelt. In Zeiten von Null- und Negativzinsen verlieren die Sparer viel Geld. Das negative Image, das von der Bundesregierung mit der Finanztransaktionssteuer vermittelt wird, tut sein Übriges

und bestraft Aktionäre. Aber eine Vermögensbildung durch zinsbasierte Wertanlagen wird immer unattraktiver. Besonders was die Altersvorsorge anbelangt, müssen wir Alternativen anbieten. Die Aktie ist langfristig die mit Abstand erfolgreichste Anlageklasse. Die FDP-Bundestagsfraktion hat einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der die Aktienkultur fördern soll. Außerdem ist es mir ein Anliegen, die Mitarbeiterbeteiligung zu stärken. Diese bietet Arbeitnehmern eine Chance, eigenständig Vermögen und Altersvorsorge aufzubauen und zudem am Wohlstand des Arbeitgebers beteiligt zu werden. Ein weiterer nicht zu unterschätzender Faktor ist eine Verbesserung der Identifikation von Mitarbeitern mit ihrem Arbeitgeber. Der Antagonismus von Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist im 21. Jahrhundert nicht mehr zeitgemäß. Vielmehr tragen beide einen unverzichtbaren Anteil zum Funktionieren der Privat- und Volkswirtschaft bei. Dies sollte sich in Beteiligungsstrukturen widerspiegeln.

Ein erster Schritt ist das Anheben steuerlicher Freibeträge. Wer Aktienbeteiligungen steuerlich bestraft, wird einen eigenverantwortlichen Vermögensaufbau nur verhindern, aber nicht etablieren können. Aber auch Informationskampagnen und die Entbürokratisierung von Mitarbeiterbeteiligungen sind wichtige Säulen auf dem Weg zu einer deutschen Aktienkultur.

Leider erschüttert gerade der Wirecard-Skandal das Vertrauen der Anleger massiv. Die Politik hat die Pflicht, die Aufsichtsstrukturen so zu gestalten, dass die Beteiligten ihren Aufsichtspflichten gerecht werden.

